

Gemeinden müssen finanziell entlastet werden

Bei der Vorlage des Aktionsprogramms der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) zur aktuellen Finanzpolitik für die Städte, Gemeinden und Kreise erklärte der Bundesvorsitzende der KPV, MdB Horst Waffenschmidt, der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 1983 vernachlässige auf neue in unverantwortlicher Weise die berechtigten Forderungen der Städte, Gemeinden und Kreise, weil durchgreifende Haushaltsentlastungen für die kommunalen Körperschaften nicht vorgesehen seien. Deshalb würden Bundestag und Bundesrat von der Union nachdrücklich aufgefordert, bei der Beratung des Bundeshaushaltes 1983 für nachhaltige Entlastung der gemeindlichen Haushalte zu sorgen. Im Folgenden der Text des Aktionsprogramms.

Teil A:

Forderungen und Vorschläge an Bund und Länder

1. Bessere Wirtschaftspolitik – beste Initiative für die Kommunalfinanzen

Alle politischen Maßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden müssen vorrangig darauf gerichtet sein, die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden und zu einer besseren Wirtschafts- und Finanzpolitik zu kommen. Die Gemeinden werden mehrfach durch die Folgen von Arbeitslosigkeit und ausbleibendem Wirtschaftswachstum getroffen:

- a) Durch zurückgehende Steuereinnahmen und Kürzungen der Finanzhilfen von Bund und Ländern,

* Wenn in diesem Aktionsprogramm von Gemeinden die Rede ist, ist der gesamte kommunale Bereich, Städte, Gemeinden und Kreise gemeint.

- b) durch sehr starken Anstieg der Sozialhilfe als einem entscheidenden Netz der sozialen Sicherheit,
- c) durch den Zwang zu zahlreichen unpopulären Maßnahmen gegenüber dem Bürger vor Ort durch Abbau oder Kürzung von Leistungen und Hilfe.

Die Kommunalpolitiker der Union fordern daher mit Nachdruck:

- a) Eine ehrliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Etatentwürfe, wie zum Bundeshaushalt 1983, die von unrealistischen Annahmen ausgehen, sind kein Beitrag dazu.
- b) Eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die Leistungen belohnt und nicht bestraft und zu Investitionen und persönliche Einsatzbereitschaft ermutigt.

In diesem Sinne unterstützen wir nachdrücklich die Sieben-Punkte-Offensive der Union für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

2. Ausgabenentlastung für kommunale Haushalte entscheidend

Bund und Länder müssen die Kommunen nun nachhaltig auf der Ausgabe-seite entlasten. Dazu gehören alle Ausgabengesetze und Subventionen auf den Prüfstand. Die Konsolidierungsinitiative des Deutschen Städtetages im Finanzplanungsrat muß intensiv weiter bearbeitet und möglichst bald in politische Entscheidungen von Bund und Ländern umgesetzt werden.

Geschieht dies nicht, werden die kommunalen Investitionen 1983 weiter zurückgehen, mit allen negativen Folgen für die Beschäftigungslage, insbesondere deshalb, weil auch Voraussetzungen für private Investitionen nicht geschaffen werden können.

1982 werden 5 bis 6 Mrd. DM weniger von den Gemeinden investiert als 1981. 1983 wird sich der Negativtrend beschleunigen, wenn nichts zur Entlastung der kommunalen Haushalte geschieht.

3. Kommunale Sozialpolitik zukunftsweisend ordnen

Die Soziallasten bei den Gemeinden sind von rund 4 Mrd. DM 1970 auf rund 20 Mrd. DM 1982 angestiegen. Ursachen sind insbesondere die Sozialansprüche einer steigenden Zahl von Mitbürgern, die länger arbeitslos sind und vom Arbeitsamt nur noch Arbeitslosenhilfe erhalten. Ferner ist der finanzpolitische Verschiebepark bei der sogenannten Operation 82 zu nennen, wo z. B. die Arbeitslosenhilfe teilweise völlig gestrichen wurde, und die Lasten auf die Sozialhilfe umgeschichtet wurden.

Die Kommunalpolitiker der Union wollen, daß den wirklich Bedürftigen auch künftig geholfen werden kann.

Die Gemeinden dürfen aber bei der Bewältigung dieser wichtigen Aufgabe für die soziale Sicherheit nicht alleine gelassen werden.

Notwendig sind in diesem Bereich kurzfristige und längerfristige Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Haushalte, z. B.:

a) **Kurzfristig:**

Dringend erforderlich ist die Untersuchung des umfangreichen Bereichs der Fürsorgeleistungen auf Mißbrauchsmöglichkeiten. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus finanziellen Gesichtspunkten, sondern auch, um die Leistungsbereitschaft der arbeitenden Mitbürger weiterhin zu erhalten. Die Hilfe für die wirklich Bedürftigen ist auf Dauer nur gesichert, wenn Ausnutzen und Mißbrauch verhindert werden. Die drei kommunalen Spitzenverbände haben zu diesem Aufgabenbereich mehrfach Vorschläge vorgelegt. Bund und Länder werden aufgefordert, mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Überprüfung der Vorschriften und Anspruchsgrundlagen vorzunehmen.

b) **Mittel- und langfristig:**

Ein sehr großer Teil der kommunalen Sozialhilfelasten kommt aus den Kosten für Heimunterbringung und Hilfe zur Pflege. Hier betragen die Kosten schon heute rund 7 Mrd. DM jährlich und steigen explosiv weiter an. Die Bundesregierung wird erneut aufgefordert, dem Deutschen Bundestag Vorschläge für eine Lösung in diesem Problembereich zu unterbreiten. Dies gilt insbesondere, nachdem Bund und Länder und andere Institutionen seit langem über diesen bedeutsamen Fragenkomplex beraten. Konkrete Vorschläge zur Bewältigung dieser Aufgabe sind dringend erforderlich, sowohl im Interesse der älteren Mitbürger, wie auch zur langfristigen Sicherung kommunaler Sozialpolitik.

4. Schluß mit finanzpolitischem Verschiebebahnhof

Verschiebung von finanziellen Belastungen von einem Haushalt in den anderen ist keine Haushaltskonsolidierung und vergrößert auf Dauer nur die Probleme. Der finanzpolitische Verschiebebahnhof zu Lasten der kommunalen Haushalte in zahlreichen Einzelmaßnahmen, darf nicht fortgesetzt werden. Neue Gefahren drohen z. B. in folgenden Bereichen:

- a) Die roten Zahlen der Deutschen Bundesbahn und des Bundesverkehrsministers im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nicht in die kommunalen Haushalte geschoben werden.

- b) Die geringeren Zuführungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Rentenversicherung senken die Renten und schaffen neue Ansprüche bei der Sozialhilfe.

5. Staatliche Auflagen abbauen

Standardvorgaben, Auflagen und Einzelzuschußverfahren zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen weiter abgebaut werden. Auf diesem Gebiet haben die Vorschläge, Bemühungen und Forderungen der kommunalen Spitzenverbände und der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands einige Erfolge erzielt. Die Initiativen müssen aber fortgesetzt werden.

Noch immer werden z. B. rund 800 Mio. DM pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben, um Zuschüsse zu beantragen, zu bewilligen, zu bewirtschaften und abzurechnen. Ein Teil der Zuschüsse muß in allgemeine Finanzzuweisungen oder Pauschalbeträge umgewandelt werden, um überflüssige Verwaltungsverfahren zu vermeiden.

Angesichts der großen Finanznot aller Gebietskörperschaften muß der Freiraum der Gemeinden erweitert werden, die weniger gewordenen Mittel nach den örtlichen Gegebenheiten auf die sparsamste Art und Weise einzusetzen.

Vorgaben und Auflagen müssen, soweit wie eben möglich, auch gegenüber freien Trägern abgebaut werden. Teilweise haben sie dort erst höheren Finanzbedarf erzeugt, z. B. bei Personalstandards und Ausstattungsauflagen.

In Zeiten leerer Kassen sollten verstärkt auch vorläufige Regelungen oder Übergangsregelungen bei der kommunalen Infrastruktur zugelassen werden, wenn dadurch wichtige Investitionen und Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung erreicht werden. Dies gilt z. B. im Bereich der Entsorgungsanlagen. Viele Baumaßnahmen kommen mancherorts nicht in Gang, weil der sofortige Anschluß an eine Vollkläranlage noch nicht möglich ist. Bund und Länder sollten hier verstärkt Übergangsregelungen zulassen, z. B. bewährte kleine Hauskläranlagen, wenn dies nach den örtlichen Gegebenheiten für eine Übergangszeit vertretbar ist.

6. Schulden machen kein Ausweg

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands wendet sich gegen eine immer stärker werdende Verschuldung der Gemeinden. Sie ist in der angespannten Finanzsituation kein Ausweg.

Die kommunalen Schulden liegen jetzt bei rund 110 Mrd. DM und damit bei rund 20 % der gesamten Schulden der Gebietskörperschaften, obwohl die Ge-

meinden nur mit rund 12 % am Gesamtsteueraufkommen unmittelbar beteiligt sind und im übrigen im wesentlichen auf Zuweisungen und Darlehen angewiesen sind.

Für die meisten Gemeinden ist die Verschuldungsfähigkeit voll ausgeschöpft und Kommunaldarlehen werden nur noch in begrenztem Umfang von den Behörden genehmigt.

7. Gemeindefinanzreform bleibt Aufgabe

Die Fortführung der Gemeindefinanzreform muß auf der Tagesordnung der Bundespolitik bleiben.

Ziel bleibt, eine stärkere, unmittelbare Beteiligung der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen, damit sie die ihnen übertragenen Aufgaben auch erfüllen können und kommunale Investitionstätigkeit zum Nutzen von Preisstabilität und Beschäftigungslage verstärkt werden kann.

Teil B:

Forderungen und Vorschläge an Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen in Städten, Gemeinden und Kreisen

1. Vorrangig Privatinvestitionen ermöglichen

a) Alle noch verfügbaren Finanzmittel der Gemeinden sollen vorrangig und schwerpunktmäßig dort eingesetzt werden, wo sie Voraussetzung für private Investitionen sind, um einen mehrfachen Effekt für die Beschäftigungslage und die Überwindung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Dies gilt insbesondere für Versorgung und Entsorgung, um Wohnungsbau oder neue Betriebsstätten zu ermöglichen. Das beste Wohnungsbauprogramm hilft nicht, wenn z. B. Wasserleitungen und Kläranlagen nicht gebaut werden können. Im Einzelfall kann es sogar notwendig sein, endgültigen Straßenausbau noch zurückzustellen, aber Versorgung und Entsorgung zu sichern, damit gebaut werden kann.

Nach wie vor kann private Bautätigkeit auch dadurch nachhaltig unterstützt werden, daß größere Bauflächen geschlossen von einer Gemeinde gekauft und dann sofort an private Bauherren weiter veräußert werden.

b) Kostensparende Verfahren und Technologien müssen verstärkt zur Anwendung kommen. Z. B. wachsen die Kosten für Abwasserbeseitigungsanlagen stark an.

Oft ist es erheblich kostensparender für einen Ortsteil oder eine Siedlung, kleine Abwasseranlagen zu bauen, deren Inhalt regelmäßig zur Großkläranlage gefahren wird, als überall lange und teure Kanalleitungen als Hauptsammler zu bauen.

2. Verwaltungsaufwand ständig überprüfen

a) Die Personalkosten sind bei den Gemeinden stark angestiegen, von 20,5 Mrd. DM 1972 auf 47 Mrd. DM 1982. Große Kosten werden hervorgerufen durch immer neue Gesetze und Verordnungen des Bundes und der Länder, die auszuführen sind. Entscheidende Kosten entstehen aber auch als Folgekosten kommunaler Initiativen. Bei jeder frei werdenden Stelle sollte geprüft werden, ob sie wieder besetzt, oder ob sie wieder so hochwertig besetzt werden muß. Zahlreiche Gemeinden haben in diesem Bereich gute Erfahrungen mit einem sogenannten Parlamentsvorbehalt gemacht, das heißt, eine Stelle wird vom zuständigen Kommunalparlament oder einem von ihm beauftragten Ausschuß nur dann wieder zur Besetzung freigegeben, wenn die Notwendigkeit erneut begründet wurde.

b) Die Energiesparvorschläge der kommunalen Spitzenverbände haben bereits zu beachtlichen Einsparungen geführt. Diese Initiativen sind weiter zu verfolgen z. B. bei der Straßenbeleuchtung mit der Montage von Dimpeln.

c) Dienstleistungen in kommunalen Einrichtungen müssen vielerorts weiter rationalisiert werden. Dies wird zur Anpassung und Verkürzung von Öffnungszeiten führen, z. B. für Bäder, Büchereien und andere kommunale Einrichtungen.

3. Steuererhöhungen möglichst vermeiden

Ansichts der großen Finanznot stehen viele Städte und Gemeinden vor der Frage kommunaler Steuererhöhungen, z. B. bei der Gewerbesteuer. Sie passen nicht in die gegenwärtige konjunkturpolitische Landschaft und sollen möglichst vermieden werden, denn sie treffen im wesentlichen diejenigen, die durch Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende Arbeitsplätze erhalten sollen.

Da die Finanzierungsdefizite in den kommunalen Haushalten von über 10 Mrd. DM 1981 und 1982 in erster Linie auf die Ausgabensteigerungen bei der Gesetzesausführung beruhen, werden Gemeinden aber dann zu Steuererhöhungen gezwungen, wenn sie bei den gesetzlichen Ausgaben nicht entlastet werden; denn rund 90 % der gemeindlichen Ausgaben sind durch staatliche Gesetze und Verordnungen festgelegt.

Alle kommunalpolitisch Verantwortlichen werden aufgerufen, diesen Zusammenhang zwischen notwendiger Ausgabenentlastung und Vermeidung kommunaler Steuererhöhungen in der Öffentlichkeit und gegenüber ihren Abgeordneten in Bundestag und Landtag deutlich zu machen.

4. Freie Träger und Vereine ermutigen

a) Die tausenden ehrenamtlichen Kräfte in freien Trägern, Vereinen und Selbsthilfeorganisationen sind ein großer Schatz für alle Gemeinden. Unter ideellen und finanziellen Gesichtspunkten sollte ihr Einsatz verstärkt werden. Neue Modelle der Zusammenarbeit sind zu prüfen, z. B. haben bereits mehrere Gemeinden mit Sportvereinen sogenannte Schlüsselgewaltverträge abgeschlossen. Dies bedeutet: Betreuung durch gemeindliches Personal entfällt und Leistungen, z. B. Aufsicht und Säuberung, obliegen ganz dem Verein oder Verband, der eine kommunale Anlage benutzt.

b) „Essen auf Rädern“ oder Pflegestationen sind sparsamer zu unterhalten als Heimplätze. Darum sind diese Einrichtungen, die alte und behinderte Menschen betreuen, vorrangig zu unterstützen, um weitere Belastungen für die Sozialhilfe zu vermeiden.

5. Privatisierung ohne Scheuklappen

Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist kein Wundermittel, um die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden zu beheben, aber Privatisierung kann Beiträge dazu leisten, die kommunalen Haushalte zu konsolidieren. Privatisierungsmöglichkeiten sollten ohne ideologische Scheuklappen und Vorurteile in den einzelnen Gemeinden an Hand der Praxis vor Ort geprüft werden.

Es muß der Grundsatz gelten, die öffentliche Hand soll nicht an sich ziehen, was Private genauso effektiv und sparsam oder vielleicht effektiver und sparsamer erledigen können. Beispielsbereiche sind hier u. a.: Müllabfuhr, Gebäudereinigung, Planungs- und Vermessungsaufgaben, Kfz-Werkstätten und andere handwerkliche Betriebe.

6. Anspruchsmentalität bekämpfen, Kostenbewußtsein fördern

Kommunale Bürgerinformation und Bürgergespräche müssen verstärkt darauf ausgerichtet sein, den Zusammenhang zwischen geltend gemachten Ansprüchen und anschließenden Folgekosten deutlich zu machen.

Bisherige Erfahrungen auf diesem Gebiet zeigen, daß die Bürger sich immer dann sehr schnell und realistisch für sparsamere Lösungen aussprechen, wenn ihnen deutlich gemacht wird, daß weitergehende Ansprüche zu unmittelbaren Kostenbelastungen oder Einschränkungen bei ihnen selbst führen.

Das gilt z. B. für den Bau von Straßen, wenn die Ausbauforderungen der Höhe von Erschließungsbeiträgen gegenübergestellt werden. Oder die Gemeinde macht deutlich, daß dann wichtige Infrastrukturmaßnahmen für die örtliche Entwicklung zurückgestellt werden müssen. Im kommunalen Bereich kann auf diese Weise eine Haltung gefordert und gefördert werden, die für den Gesamtstaat dringend notwendig ist.

7. Kommunale Initiativen auch bei leeren Kassen

Große Bürgerwettbewerbe, z. B. die Wettbewerbe „Bürger, deine Gemeinde“ und „Unser Dorf soll schöner werden“, haben gezeigt, daß die große Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit ist, sich für das Allgemeinwohl im örtlichen Bereich einzusetzen, wenn eindeutige Aufgaben und Ziele genannt werden.

Besonders eindrucksvoll sind zahlreiche, erfolgreiche Initiativen für den Umweltschutz, die Stadt- und Dorfverschönerung, die Altenhilfe, Behindertenunterstützung und Jugendbetreuung. Vor allem werden dabei auch echte Gemeinschaftserlebnisse zwischen den Generationen möglich.

Die Bundesgeschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands wird verstärkt Informations- und Erfahrungsaustausch über die positiven Leistungen von Initiativen der Bürger organisieren. Der Anerkennung und dem Bekanntmachen besonders erfolgreicher Gemeinschaftsleistungen durch die Initiativen einzelner Bürgergruppen, dient auch die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises für herausragende Leistungen in der Kommunalpolitik